

**Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses  
am Freitag, dem 04.12.2015, im Ausschusszimmer des Kreishauses  
Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 12:20 Uhr**

		Seite
	<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>	
1.	Antrag der FWG-Kreistagsfraktion - Sachstandsbericht FMO	<b>178/2015</b> <b>5</b>
2.	Umsetzung des FMO-Finanzierungskonzeptes - Zuführung der Tranche 2017	<b>175/2015</b> <b>7</b>
3.	Anpassung des Gesellschaftsvertrages der FMO GmbH	<b>176/2015</b> <b>8</b>
4.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	<b>9</b>
5.	Bericht der Verwaltung	<b>10</b>
6.	Jahresabschluss 2014 hier: Beschluss über das Jahresergebnis 2014	<b>170/2015</b> <b>11</b>
7.	Kommunales Investitionsförderungsgesetz NRW	<b>167/2015</b> <b>12</b>
8.	Rahmenprogramm zur Konsolidierung des Kreishaushaltes 2016 bis 2019	<b>149/2015</b> <b>13</b>
9.	Abschließende Beratung und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2016 mit Haushaltsplan und Anlagen sowie Beratung und Beschlussfassung zur Umlageerhebung nach § 56 c Kreisordnung NRW	<b>186/2015/1</b> <b>14</b>

<b>10.</b>	Weitere Beteiligung am MVA Hamm Verbund (Müllverbrennungsanlage)	<b>162/2015</b>	<b>18</b>
<b>11.</b>	Übernahme einer Bürgerschaft zugunsten der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM)	<b>174/2015</b>	<b>19</b>
<b>12.</b>	Initiative starkes Westfalen - Gemeinsame Stellungnahme zum Thema "Metropolregionen" im Entwurf des Landesentwicklungsplanes -LEP	<b>194/2015</b>	<b>20</b>
<b>13.</b>	Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2016 für das Jobcenter Kreis Warendorf	<b>155/2015</b>	<b>21</b>
<b>14.</b>	Umbenennung des Behindertenbeirates und Änderung der Richtlinien	<b>169/2015/1</b>	<b>22</b>
<b>15.</b>	Einführung eines Schülertickets für die Schülerinnen und Schüler der Berufskollegs des Kreises Warendorf	<b>183/2015</b>	<b>23</b>
<b>16.</b>	Beschaffung einer Software für die strukturierte Notrufabfrage	<b>192/2015</b>	<b>24</b>
<b>17.</b>	Anpassung der Dienstanweisung zur dezentralen Ressourcenverantwortung im NKF (Budgetregeln)	<b>184/2015/1</b>	<b>25</b>
<b>18.</b>	Anfrage der AfD-Kreistagsfraktion "Asylbewerber"		<b>26</b>

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

<b>1.</b>	Aktuelle Entwicklungen CVUA-MEL	<b>191/2015</b>	<b>28</b>
-----------	---------------------------------	-----------------	-----------

**Anwesend:****Mitglieder des Kreisausschusses**

Gericke, Olaf Dr.  
Arnkens-Homann, Dagmar  
Blex, Christian Dr.  
Blömker, Franz-Ludwig  
Buschkamp, Franz-Josef  
Diekhoff, Markus  
Dufhues, Hannelore  
Grap, Valeska  
Gutsche, Guido  
Hermans, Pia  
Luster-Haggeney, Rudolf  
Möllmann, Rolf  
Nienkemper, Dorothea  
Ommen, Detlef  
Pries, Wilhelm  
Schmedding, Josef  
Schulte, Stephan  
Schlösser, Ulrich  
Westerwalbesloh, Florian

**von der Verwaltung**

Abeler, Alina  
Börger, Heinz Dr.  
Höing, Daniel  
Ottmann, Michael  
Schreier, Petra  
Funke, Stefan Dr.  
Gnerlich, Friedrich

**Es fehlten entschuldigt:**

Birkhahn, Astrid  
Blümer, Raphaela  
Gerwing, Theresia  
Kaup, Winfried

**Anlagen**

Anlage 1	Präsentation FMO (TOP 1)
Anlage 2	Präsentation Anfrage Delegation (TOP 9)
Anlage 3	Präsentation CVUA-Mel (TOP 1 nicht öffentlich)

Landrat Dr. Gericke eröffnet um 09:00 Uhr die Sitzung und begrüßt den Geschäftsführer des Flughafens Münster Osnabrück (FMO), Herrn Prof. Gerd Stöwer, sowie die Mitglieder des Kreisausschusses und die Vertreter/innen der Presse.

Überdies stellt Landrat Dr. Gericke den Anwesenden seinen neuen persönlichen Referenten und Ansprechpartner für die Kreistagsmitglieder, Herrn Michael Ottmann, vor.

Landrat Dr. Gericke weist darauf hin, dass der Kreisausschuss mit Einladung vom 23.11.2015 form- und fristgerecht einberufen worden ist. Ferner erläutert er die ausliegenden Tischvorlagen, bei denen es sich um folgende Dokumente handelt:

- Anfrage der AfD-Kreistagsfraktion „Asylbewerber“ (wird am Ende des öffentlichen Teils der Tagesordnung beantwortet)
- Antrag der SPD-Kreistagsfraktion „Aufgabenkritik“ (wird unter TOP 9 behandelt)
- Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen „Flughafen Münster Osnabrück“ (wird unter den TOPs zum FMO beantwortet)
- Ergänzungsvorlage zu TOP 9 (Vorlage 186/2015/1)
- Ergänzungsvorlage zu TOP 17 (Vorlage 184/2015/1)
- Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion „Belastungen der Städte und Gemeinden durch die kommunalen SGB II-Aufwendungen“ (wird unter TOP 9 behandelt)

Frau Nienkemper (FWG) stellt den mündlichen Antrag, sämtliche TOPs, die sich auf den Haushalt 2016 auswirken können, vor die „Abschließende Beratung und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2016 mit Haushaltsplan und Anlagen sowie Beratung und Beschlussfassung zur Umlageerhebung nach § 56 c Kreisordnung NRW“ zu stellen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen. Weitere Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Vor Einstieg in die Tagesordnung wird Wilhelm Pries zum Ehrenbeamten ernannt.

**I. Öffentlicher Teil****1. Antrag der FWG-Kreistagsfraktion - Sachstandsbericht FMO 178/2015**

Herr Prof. Stöwer stellt die aktuellen Entwicklungen des FMO anhand einer Power-Point-Präsentation vor und beantwortet inzident die Anfrage der FWG-Kreistagsfraktion. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Frau Nienkemper (FWG) erkundigt sich bei Herrn Prof. Stöwer, wie sich die anderen Kreise hinsichtlich der Auszahlung der nächsten Tranche an Gesellschafterdarlehen geäußert haben. Prof. Stöwer berichtet, dass die Thematik aktuell in den Ausschüssen behandelt werde. Der Rat der Stadt Münster habe die dritte Tranche bereits mit großer Mehrheit beschlossen, gleiches gelte für den Landkreis Emsland. Das Signal der weiteren kommunalen Gesellschafter sei ebenfalls positiv.

Im Rahmen dieses TOPs beantwortet Prof. Stöwer ferner die Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wie folgt:

1. Wie viele Fluggäste aus dem Kreis Warendorf haben den Flughafen Münster/Osnabrück von 2010 bis 2014 genutzt? Wie hoch ist der Anteil der Geschäftskunden unter diesen?

*Zu den Fluggästen aus dem Kreis Warendorf können lediglich die Airlines Auskunft geben. Aktuell wird jedoch deutschlandweit eine Fluggastbefragung durchgeführt. Sobald diese ausgewertet ist, können nähere Informationen erfolgen. Der Anteil liege jedoch höher als der Gesellschaftsanteil des Kreises Warendorf am FMO.*

*Der Anteil der Fluggesellschaften, die vorwiegend im Geschäftsreiseverkehr tätig sind, liegt bei 45 Prozent. Eine genaue Bezifferung ist nicht möglich, da auch diese Privatreisende befördern.*

2. Der Kreistag Steinfurt hat beschlossen, dass die Anteile am Flughafen Münster/Osnabrück zwischen den Gesellschaftern neu verteilt werden sollen. Er möchte einen Teil seiner Anteile abgeben. Der Landrat des Kreises Steinfurt wurde durch Beschluss des Kreistages beauftragt, Kontakt mit den anderen Gesellschaftern zwecks möglicher Übernahme dieser Anteile aufzunehmen. Wie ist der aktuelle Sachstand dieser Angelegenheit?

*Landrat Dr. Gericke erläutert, dass er für das Vorhaben des Kreises Steinfurt wenig Aussicht auf Erfolg sehe. Es handele sich lediglich um eine über die Medien geführte Debatte, etwas Schriftliches gebe es nicht. Prof. Stöwer stimmt den Ausführungen des Landrates zu.*

3. Die Stelle des Geschäftsführers der Flughafen Münster Osnabrück GmbH wird neu besetzt. Laut Pressemitteilungen, vgl. z. B. Neue Osnabrücker Zeitung vom 30.10.2015, wird ein Personalausschuss des Aufsichtsrates in Kürze ein Votum darüber abgeben, ob der Anstellungsvertrag des bisherigen Geschäftsführers verlängert oder die Stelle neu ausgeschrieben wird. Welches Abstimmungsverhalten ist von Ihnen als Mitglied des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung der FMO GmbH zu erwarten?

*Eine Beantwortung sei aufgrund eines noch nicht vorliegenden Vorschlages aktuell nicht möglich, so Landrat Dr. Gericke.*

### **Beschlussvorschlag:**

Die Kreisverwaltung des Kreises Warendorf informiert über den aktuellen Sachstand zum Thema FMO in Bezug auf

- die Berichterstattung in den Medien bezüglich Rückgang der Fluggastzahlen,
- die Bürger- und Unternehmensbefragung im Kreis Steinfurt
- die inhaltlichen Beschlussfassungen in der Sitzung des Kreistages des Kreises Steinfurt am 22. Juni 2015

**Abstimmungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

<b>2.</b>	<b>Umsetzung des FMO-Finanzierungskonzeptes - Zuführung der Tranche 2017</b>	<b>175/2015</b>
-----------	--	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Auf der Basis der im Jahr 2014 durch die FMO-Gremien der langfristigen FMO Finanzierung zugrunde gelegten Finanzierungsvariante A (s. Anlage 1) wird für das Geschäftsjahr 2017 eine Einzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe des prozentualen Anteils von 16,8 Mio. € des Kreises Warendorf am Stammkapital - also i.H.v. 409.780 € - beschlossen.

Die Vertreter des Kreises Warendorf in den Gremien der FMO GmbH werden beauftragt, die entsprechenden Beschlüsse zu fassen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich angenommen  
Ja 13 Nein 2 Enthaltung 1

**3. Anpassung des Gesellschaftsvertrages der FMO GmbH****176/2015**

Prof. Stöwer erläutert den Anwesenden die Vorlage, den Anlass für die Anpassung des Gesellschaftsvertrages sowie die einschlägigen Änderungen.

Frau Nienkemper (FWG) erläutert, dass die Inhalte der §§ 7 und 12 Abs. 3 des neuen Gesellschaftervertrages für die FWG nicht tragbar sind.

Nach einer kurzen Diskussion bittet Landrat Dr. Gericke um Abstimmung über den Tagesordnungspunkt.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag stimmt der Änderung des Gesellschaftsvertrages der FMO GmbH gemäß dem als Anlage I beiliegenden Entwurf, ggf. mit noch erforderlichen redaktionellen Änderungen, zu.

Die Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung der FMO GmbH werden insofern beauftragt, den Änderungen des Gesellschaftsvertrages in der vorliegenden Fassung, ggf. mit noch erforderlichen redaktionellen Änderungen, zuzustimmen.

Der Kreistag nimmt zur Kenntnis, dass eine Übertragung der von der Stadtwerke Osnabrück AG gehaltenen Anteile auf die OBG Osnabrücker Beteiligungs- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbh stattgefunden hat.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich angenommen  
Ja 13 Nein 3



<b>4. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</b>
--

Im Rahmen der Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner gibt es keine Wortmeldungen.

<b>5. Bericht der Verwaltung</b>	
----------------------------------	--

Unter dem „Bericht der Verwaltung“ erläutert Herr Dr. Funke, dass zum 01.01.2016 eine weitere Zentralisierung des einheitlichen europäischen Ansprechpartners erfolgen werde. Diese Aufgabe werde für ganz NRW somit ab 2016 von der Bezirksregierung Detmold übernommen. Ein Kreistagsbeschluss über die Änderung der Zuständigkeit sei laut Auskunft der Bezirksregierung nicht erforderlich.

Ferner berichtet Herr Dr. Funke über die Eckdaten und Ergebnisse der letzten Stromausschreibung. So werden 60 Prozent des Auftragsvolumens an die Bietergemeinschaft regionaler Stadtwerke (ETO, EVB, EVO, WEV) und 40 Prozent an die Firma Lichtblick aus Hamburg vergeben. Die Vergabe sei mit einem wirtschaftlichen Erfolg verbunden. Im Vergleich zum vorherigen Tarif des Kreises können ca. 1 bis 1,5 Cent/kWh eingespart werden, so der Kreiskämmerer.

<b>6.</b>	<b>Jahresabschluss 2014 hier: Beschluss über das Jahresergebnis 2014</b>	<b>170/2015</b>
-----------	--	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Der Fehlbetrag des Haushaltsjahres 2014, der im Jahresabschluss 2014 mit 1.403.953,74 € ausgewiesen ist, wird i. H. v. 887.865,51 € der Ausgleichsrücklage und i. H. v. 516.088,23 € der Allgemeinen Rücklage entnommen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

**7. Kommunales Investitionsförderungsgesetz NRW****167/2015**

Landrat Dr. Gericke erläutert die Vorlage und berichtet über das positive Abstimmungsverhalten in den Fachausschüssen.

**Beschlussvorschlag:**

Das in der Vorlage dargestellte Konzept zum Einsatz der Mittel für den Kreis Warendorf aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz i.H.v. rd. 5,3 Mio. € zuzüglich des Eigenanteils von 10 % (rd. 532 T€) in den Jahren 2016 – 2018 wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>8.</b>	<b>Rahmenprogramm zur Konsolidierung des Kreishaushaltes 2016 bis 2019</b>	<b>149/2015</b>
-----------	--	-----------------

Landrat Dr. Gericke erläutert die Vorlage.

Herr Gutsche (CDU) bedankt sich bei der Kreisverwaltung für die Aufstellung dieses Konsolidierungsprogramms. Hiermit habe der Kreis Warendorf die richtigen Wege zur Steuerung der Ausgaben aufgezeigt.

Frau Nienkemper (FWG) stimmt Herrn Gutsche zu, hätte sich jedoch konkrete Maßnahmen bzw. Zielsetzungen gewünscht. Dies erwarte sie für 2016.

#### **Beschlussvorschlag:**

Das Rahmenprogramm zur Haushaltskonsolidierung 2016 bis 2019 wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

9.	<b>Abschließende Beratung und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2016 mit Haushaltsplan und Anlagen sowie Beratung und Beschlussfassung zur Umlageerhebung nach § 56 c Kreisordnung NRW</b>	186/2015/1
----	--	------------

Landrat Dr. Gericke erläutert den Ausschussmitgliedern die Vorlage und schlägt vor, zunächst die noch offenen Anfragen und Anträge zu besprechen, bevor es zu der Abstimmung über den Beschlussvorschlag zu I und II kommt.

1. Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 02.12.2015 „Delegation“

Herr Dr. Funke beantwortet die Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion „Wie würde sich die finanzielle Belastung des Kreises und der einzelnen Städte und Gemeinden verändern, wenn die Delegation wieder eingeführt und die Regelung einer 50/50-Verteilung umgesetzt würde?“ mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation. Diese ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Gutsche (CDU) bedankt sich für die ausführliche Beantwortung. Herr Möllmann (CDU) ergänzt, dass er das Optionsmodell bereits aufgrund der Bürgernähe für ein Erfolgsmodell im Kreis Warendorf halte. Frau Arnkens-Homann (SPD) weist darauf hin, dass im Rahmen dieser Diskussion keinesfalls auch die Steuerungsmöglichkeit durch die Option vernachlässigt werden dürfe.

2. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion „Erhöhung des Zuschusses an den Sozialdienst katholischer Frauen e.V. für das Programm „Programm Familienpaten – Patenzeit“ um 3.620,00 Euro auf 40.620,00 Euro“ (Ifd. Nr. 2.1)

Frau Arnkens-Homann (SPD) berichtet, dass die SPD-Kreistagsfraktion in den Haushaltsplanberatungen bewusst auf eigene Anträge verzichtet, sich jedoch die Anträge unter 2. und 3. zu Eigen gemacht habe. Im Zuge dessen betont sie ferner die Wichtigkeit dieser Anträge.

Die CDU-Kreistagsfraktion stimmt der Notwendigkeit der Anträge zu, schlägt jedoch aufgrund der hohen Aufwendungen insofern eine Modifizierung vor, als dass der beantragte Zuschuss lediglich i.H.v. 50 Prozent (hier: 1.810,00 Euro) gewährt wird. Die Verwaltung schlägt die Deckung dieser Mehraufwendungen durch Aufwandskürzungen im Produktbereich 01 vor.

**Abstimmungsergebnis über den originären Antrag:**  
mehrheitlich ablehnt (Ja: 7; Nein: 9)

**Abstimmungsergebnis über den modifizierten Antrag:**  
einstimmig angenommen

3. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion sowie der Kreistagsfraktion DIE LINKE „Erhöhung des Ausschusses für die Beratungsstelle Frauen helfen Frauen Beckum e.V. um 15.000,00 Euro“ (Ifd. Nr. 2.2 und 6.1)

Obige mündliche Modifizierung der CDU-Kreistagsfraktion bezieht sich ebenfalls auf den Antrag unter 3.: Der beantragte Zuschuss i.H.v. 15.000,00 Euro wird lediglich i.H.v. 50 Prozent (hier: 7.500,00 Euro) gewährt. Die Deckung dieser Aufwendungen erfolgt durch Aufwandskürzungen im Produktbereich 01.

**Abstimmungsergebnis über den originären Antrag:**  
mehrheitlich ablehnt (Ja: 7; Nein: 9)

**Abstimmungsergebnis über den modifizierten Antrag:**  
einstimmig angenommen

4. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 27.11.2015 „Aufgabenkritik“

Frau Arnkens-Homann (SPD) erläutert nochmals den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, der bereits im Kreistag am 23.10.2015 gestellt und mehrheitlich abgelehnt wurde. Ihr gehe es dabei primär um die gemeinsame Entwicklung eines Verfahrens, wie der Kreistag aktiv an der Aufgabenkritik beteiligt werden kann.

Herr Gutsche (CDU) betont, dass bereits jetzt eine stetige Aufgabenkritik stattfindet. Die Kreisverwaltung zeige dies beispielsweise durch die Haushaltsbegleitvorlage (149/2015). Ebenfalls habe jede Fraktion die Möglichkeit, die Haushaltsdiskussionen über Anträge mit zu gestalten. Herr Diekhoff (FDP) stimmt Herrn Gutsche Ausführungen zu und kritisiert, dass die SPD trotz eines derartigen Antrages keine eigenen Sparanträge im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2016 gestellt habe.

Frau Nienkemper (FWG) weist darauf hin, dass eine Aufgabenkritik keinesfalls bedeute, dass die Verwaltung schlecht arbeite. Vielmehr soll dieser Antrag die Chance bieten, einen optimierten Haushalt vorzulegen.

Herr Schulte (LINKE) betont, dass durch die Einführung des NKF bereits eine hohe Transparenz bestehe. Ferner stünden die Mitarbeiter der Kämmerei jederzeit für sämtliche Fragen und Konsolidierungsvorschläge zur Verfügung.

Frau Hermans (Piraten) schlägt insofern eine Modifizierung des Antrages vor, als dass die Passage „unter Beteiligung der Städte und Gemeinden“ gestrichen wird. Auch die SPD-Kreistagsfraktion zeigt sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Es folgt die Abstimmung über den modifizierten Antrag:

„Der Kreistag beschließt die Durchführung einer umfassenden Aufgabenkritik. Ergebnisse sollen so rechtzeitig vorliegen, dass sie bereits in die Aufstellung des Haushaltsentwurfs für 2017 einfließen können, jedenfalls in dessen Beratung. Nähere Festlegungen zur Durchführung des Projektes sollen auf der Grundlage einer Verwaltungsvorlage in der Sitzung des Finanzausschusses am 26. Februar 2016 behandelt und in der Kreistagssitzung am 04. März 2016 beschlossen werden. Ein vor-

bereitendes Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden und finanzpol. Sprechern/Sprecherinnen der Kreistagsfraktionen soll auf Einladung der Kreisverwaltung im Januar 2016 stattfinden.“

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt (Ja: 7; Nein: 9)



Anschließend bittet Landrat Dr. Gericke um die Abstimmung über den Beschlussvorschlag 186/2015/1.

### **Beschlussvorschlag:**

#### **I. Umlageerhebung nach § 56 c Kreisordnung NRW**

1. Die gemeinsame Stellungnahme der Bürgermeisterin und der Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf vom 30.11.2015 zum Schreiben des Landrats anlässlich der Einleitung des Benehmensherstellungsverfahrens vom 27.10.2015 wird zur Kenntnis genommen. Die darin vorgebrachten Einwendungen werden entsprechend einer tabellarischen Übersicht behandelt.
2. Der Hebesatz der von den Kommunen zu zahlenden Sonderumlage wird auf 0,9 v.H. der für das Haushaltsjahr 2016 geltenden Bemessungsgrundlage festgesetzt.
3. Die Satzung zur Erhebung einer Sonderumlage 2016 wird beschlossen.

#### **II. Haushaltssatzung 2016**

1. Die Beratungsergebnisse der Ausschüsse, so wie sie sich aus den Listen ergeben, werden beschlossen.
2. Die gemeinsame Stellungnahme der Bürgermeisterin und der Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf vom 09.10.2015 zum Eckdatenpapier des Landrats zum Entwurf des Kreishaushaltes 2016 sowie die Stellungnahmen der Gemeinde Wadersloh vom 27.10.2015, der Stadt Sendenhorst vom 06.11.2015, der Gemeinde Ostbevern vom 12.11.2015, der Stadt Warendorf vom 24.11.2015 und der Stadt Beckum vom 26.11.2015 werden zur Kenntnis genommen. Die darin vorgebrachten Einwendungen werden entsprechend der beigefügten tabellarischen Übersicht behandelt.
3. Der Hebesatz zur allgemeinen Kreisumlage wird auf 38,9 v.H., der Hebesatz für die Jugendamtsumlage wird auf 17,7 v.H. festgesetzt.
4. Im Übrigen wird die Haushaltssatzung des Kreises Warendorf für das Jahr 2016 mit ihren Anlagen in der eingebrachten Fassung mit den empfohlenen Änderungen aller Fachausschüsse beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich angenommen  
Ja 11 Nein 3 Enthaltung 1

10.	<b>Weitere Beteiligung am MVA Hamm Verbund (Müllverbrennungsanlage)</b>	<b>162/2015</b>
-----	---	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Dem Erwerb von 1% der Geschäftsanteile an der MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft mbH (MHB) Anfang des Jahres 2016 und weiterer 4,05% Ende 2017 durch die kommunale Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf mbH (AWG kommunal) sowie dem Abschluss eines Verbrennungsvertrages zwischen der AWG kommunal und der MHB über ein Kontingent i. H. v. ca. 11.000 Mg/a wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

11.	<b>Übernahme einer Bürgschaft zugunsten der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM)</b>	<b>174/2015</b>
-----	--	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bürgschaftsverpflichtung zugunsten der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM) i.H.v. 0,65 Mio. € einzugehen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

12.	<b>Initiative starkes Westfalen - Gemeinsame Stellungnahme zum Thema "Metropolregionen" im Entwurf des Landesentwicklungsplanes -LEP</b>	<b>194/2015</b>
-----	--	-----------------

**Beschluss:**

Die textlichen Ergänzungen im Kapitel 5 – „Europäischer Metropolraum Nordrhein-Westfalen“ zur Änderung des überarbeiteten Entwurfs des Landesentwicklungsplanes sind aufzunehmen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

13.	<b>Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2016 für das Jobcenter Kreis Warendorf</b>	<b>155/2015</b>
-----	--	-----------------

**Beschluss:**

Dem Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2016 für das Jobcenter Kreis Warendorf wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

14.	<b>Umbenennung des Behindertenbeirates und Änderung der Richtlinien</b>	<b>169/2015/1</b>
-----	---	-------------------

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Behindertenbeirat wird umbenannt in „Beirat für Menschen mit Behinderungen“.
2. Die Richtlinien des Beirates werden entsprechend des beigefügten Entwurfs beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

15.	<b>Einführung eines Schülertickets für die Schülerinnen und Schüler der Berufskollegs des Kreises Warendorf</b>	<b>183/2015</b>
-----	---	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreis Warendorf bietet allen nach § 97 Abs. 1 SchulG NRW anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schülern der Berufskollegs in Trägerschaft des Kreises Warendorf – beginnend mit dem Schuljahr 2016/2017 – nur noch ein Schülerticket an. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Verkehrsunternehmen im Kreis Warendorf eine Vereinbarung auf der oben beschriebenen Grundlage zu schließen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

16.	<b>Beschaffung einer Software für die strukturierte Notrufabfrage</b>	<b>192/2015</b>
-----	---	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag stimmt der Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln in Höhe von 75.000,- € im Teilfinanzplan der Produktgruppe 0203 „Feuerschutz, Rettungsdienst, Katastrophenschutz“ zur investiven Beschaffung eines Software-Moduls für die strukturierte Notrufabfrage gem. § 83 Abs. 2 GO NRW zu.

Die Deckung der Mehrauszahlungen erfolgt durch die Einsparungen in gleicher Höhe bei der Investitions-Nr. 09.32.000 „Einführung und Betrieb Digitalfunk“.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen



17.	<b>Anpassung der Dienstanweisung zur dezentralen Ressourcenverantwortung im NKF (Budgetregeln)</b>	<b>184/2015/1</b>
-----	--	-------------------

**Beschlussvorschlag:**

Dem beiliegenden Entwurf zur Anpassung der Dienstanweisung zur dezentralen Ressourcenverantwortung im NKF – Budgetregeln – (Anlage 1) wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

**18 Anfrage der AfD-Kreistagsfraktion "Asylbewerber"**

Frau Schreier beantwortet die Anfrage der AfD-Kreistagsfraktion vom 23.11.2015 wie folgt:

1. Wie viele Asylbewerber (inkl. abgelehnte) sind Ende November 2015 im Kreis Warendorf untergebracht? (genaue Anzahl inkl. Datum des Standes)

*Ende November 2015 werden sich ca. 3.800 Asylbewerber (inkl. abgelehnte) im Kreisgebiet aufhalten.*

2. Mit wie vielen Asylbewerbern im Kreis Warendorf rechnet die Verwaltung nun zum Ende des Jahres?

*Hierzu liegen keine verlässlichen Prognosen vor. Die monatlichen Zuweisungen lagen in diesem Jahr zwischen 102 (Januar) und über 700 (November). Es ist aber eher von einer hohen Zahl für den Monat Dezember auszugehen.*

3. Wie viele Asylbewerber sind Ende November 2015 in Notunterkünften im Kreisgebiet untergebracht (detaillierte Auflistung, inkl. genauer Anzahl zu festem Datum)?

<b>Stadt/Gemeinde</b>	<b>akt. Kapazität</b>	<b>akt. Belegung</b>
Ahlen I	500	242
Ahlen II (Kaserne)	350	294
Beckum	105	8
Beelen	250	133
Oelde	200	151
Warendorf I	220	103
Warendorf II	200	0
Warendorf III	50	12
<b>Summe</b>	<b>1875</b>	<b>943</b>

*Stand 27.1.2015*

4. Wie hoch ist der Anteil Männer unter den sich Ende November 2015 im Kreisgebiet aufhaltenden Asylbewerbern (inkl. abgelehnte)?

*Der Anteil der männlichen Asylantragsteller liegt bei ca. 70 %.*

5. Gibt es Personen, die in den Notunterkünften im Kreisgebiet untergebracht sind, bei denen eine wirksame Asylantragsstellung noch gar nicht geschehen ist? Wenn ja, wie viele?

*Die Personen, die sich in den Notunterkünften aufhalten, werden alle noch keinen wirksamen Asylantrag gestellt haben. Vorrangige Aufgabe ist es bei diesem Perso-*

nenkreis, dass die Registrierung erfolgt und das Asylbegehren geäußert werden kann.

6. Wie oft musste die Polizei im Kreisgebiet im September zu Einsätzen in den Asylbewerberunterkünften (inkl. Notunterkünfte) ausrücken, wie oft im Oktober und November? Was waren die hauptsächlichen Gründe hierfür?

*Derzeit werden im Kreis Warendorf acht Notunterkünfte betrieben. Die Notunterkünfte sind unter Landesaufsicht stehende Einrichtungen. Für den Betrieb der Notunterkünfte und die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung hat das Land Nordrhein-Westfalen Regelungen erlassen.*

*Diese Regelungen betreffen nicht die unter kommunaler Aufsicht stehenden Unterbringungseinrichtungen für Flüchtlinge oder Asylbewerber. Der Polizei sind nicht alle kommunalen Unterbringungseinrichtungen bekannt. Einsatzzahlen zu den kommunalen Unterbringungseinrichtungen können nicht beigebracht werden. Ebenso kann nicht valide dargestellt werden, wie viele Einsätze die Polizei insgesamt, also auch an anderen (Tat-) Orten mit Flüchtlingsbezug bearbeitet. Derart definierte Einsatzzahlen werden nicht erhoben.*

*Die Kreispolizeibehörde hat für die unter Landesaufsicht stehenden Notunterkünfte eine hohe polizeiliche Präsenz angeordnet. Jede Notunterkunft wird grundsätzlich einmal pro Schicht zu diesem Zweck aufgesucht.*

*Darüber hinaus wurden außenveranlasste Einsätze gemäß der folgenden Aufstellung wahrgenommen:*

### **Außenveranlasste Einsätze an Notunterkünften**

	September	Oktober	November
<b>KV/ Streit</b>	2	10	10
<b>Randalierer</b>	2	4	
<b>Bedrohung</b>	2		
<b>Diebstahl</b>	5	2	4
<b>Hilfeersuchen</b>		5	5
<b>verdächtige Beobachtung</b>	1	1	2
<b>Vermisstenfälle</b>		1	2
<b>Sonstiges</b>	5	3	3
<b>Summe</b>	17	26	26

*Das Verhältnis zu der Zahl aller außenveranlasster Einsätze stellt sich wie folgt dar: Im September 2015 wurden 2.260 außenveranlasste Einsätze bearbeitet, der Anteil derer in Notunterkünften betrug 0,75 %. Bei 2.468 außenveranlassten Einsätzen im Oktober betrug der Anteil in Notunterkünften 1 %. Die Einsatzzahlen aus November liegen noch nicht vor, deshalb kann das Verhältnis dafür noch nicht berechnet werden.*

*Bei den genannten Zahlen handelt es sich um die Zahlen, die ohne unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand zu ermitteln sind. Konkretere Zahlen liegen teilweise nicht vor oder deren Ermittlung würde die Mitarbeiter der Ausländerbehörde über längere Zeit binden.*

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Landrat Dr. Gericke um 12:20 Uhr die Sitzung.

Dr. Olaf Gericke  
Landrat

Dr. Heinz Börger  
Schriftführer